

OSI-Diplomfeier 14. Juli 2006

Dirk Sager

"Die geknebelte Gesellschaft – Medien als Instrument der Herrschaft"

Im April dieses Jahres, eher unbemerkt von der Öffentlichkeit im Land, was nicht zufällig war, aber auch eher unbemerkt von der Öffentlichkeit der restlichen Welt, was ihrer Nachlässigkeit zuzuschreiben ist, versammelte sich in Moskaus Innenstadt eine Menge von etwas über Tausend Menschen zu einer Demonstration.

Viele von ihnen waren Journalisten, viele von ihnen war ohne Arbeit. Sie waren zusammen gekommen, um daran zu erinnern, dass fünf Jahre zuvor, auf Betreiben von Präsident Putin der bis dahin unabhängige Fernsehsender NTW dem unter staatlicher Regie stehenden Konzern Gasprom einverleibt worden war.

Damals gingen noch zehntausend auf die Straße, obwohl auch damals schon der Prozess der Gleichschaltung der Öffentlichkeit weit fortgeschritten war. Der Sender war zu einem Symbol geworden im Kampf um die Freiheit der Information und Meinung in Russland.

Wenn es jetzt nur noch tausend sind, dann besagt das etwas über die Stimmung und auch etwas über das Verstummen im Land. Mehrere Gründe können geltend gemacht werden.

Eine um sich greifende Gleichgültigkeit – sie machen doch, was sie wollen.

Resignation – sie sind stark und wir werden immer schwächer.

Und Angst – wie gefährdet ist mein Arbeitsplatz, welchem Druck kann ich als Geschäftsmann ausgesetzt werden. Auf welcher Liste von Verdächtigen lande ich am Ende.

Moskau war auch dieser Tag Ort eine Gegenkonferenz zum G 8 Treffen, eine Konferenz von Vertretern der klein gewordenen demokratische Opposition. Das ist ehrenvoll und verlangt Respekt. Aber einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung haben sie nicht mehr. Bei der Gelegenheit wurde übrigens ein Kollege von mir, Boris Reitschuster, von einem zivilen Auto der Polizei fast zu Tode gefahren

Es war aufschlussreich, dass die russische Regierung ausländische Institutionen meinte unter Druck setzen zu müssen. Eine Teilnahme an dieser Konferenz werde als unfreundlicher Akt gegen über Russland verstanden.

Das Ausland, damit meine ich die Regierungen des Westens, hat sich lange seiner Rolle als aufmerksamer Nachbar, Partner oder Freund begeben.

Drei Beweggründe haben dabei eine Rolle gespielt:

Westliche Staatsmänner, die gerne dem jeweiligen Kremlherrscher ihre Gunst bekundeten, haben beispielsweise von der Verödung im Medienbereich wenig Notiz genommen.

Vielleicht wollten sie wegsehen, weil sie selbst in einem angespannten Verhältnis mit den Journalisten im eigenen Land lebten und dem russischen Präsidenten heimlich beneideten in seiner List und Machtvollkommenheit. Die Sache der Journalisten ist bei Politikern nicht sehr populär, weil sie sich schwer tun, hinter Einzelpersonen noch die Gebote der Verfassung zu sehen.

2. In der Ära Kohl und Jelzin, spielte auf Bonner Seite die Freude darüber eine Rolle, dass keine Kommunisten mehr in Moskau regierten. Auch der Dank über den Truppenabzug. Genug Grund über alle Fehlentwicklungen hinwegzusehen.

3. In der Scheinheiligkeit internationaler Beziehungen stellt das Öl ein neues Schmiermittel dar. War früher jeder Diktator gut genug als Freund, wenn er nur Antikommunist war, so stellen heute die Ölreserven einen Persilschein aus.

Die Gepflogenheiten in den Internationalen Beziehungen wird in ein neues Licht gestellt. Vielleicht stehen wir vor einem grundsätzlichen Wandel, an dessen Ende auch so genannte Schurkenstaaten durch ihr Ölquellen geadelt werden.

Westliche Staatsmänner verkennen, dass mit der Monopolisierung der öffentlichen Meinung durch den Staat der höchste Grad von Vollkommenheit erreicht wird – die Vollkommenheit und Perfektion eines autoritären Regimes.

Dazu eine Randbemerkung: unwillkommenen Hinweisen auf Moskauer Defizite In Sachen Rechtsstaat und Demokratie wurde unter der Hand oft gern mit dem Argument begegnet: Russland sei nun einmal ein Land, in dem das Volk eine „starke Hand“ brauche. Die Russen seien so richtig für die Demokratie nicht geeignet. Quasi genetisch. Und die Geschichte seit Peter dem Großen biete hinlänglich Belege dafür.

Die Geschichte erlaubt auch eine ganz andere Perspektive: die Wege eines autoritär oder gar totalitär regierten Russlands führten regelmäßig erst in Stagnation und dann in die geschichtliche Katastrophe.

Für die Medien in Russland waren die letzten Jahre Gorbatschows und die ersten Jahre Jelzins ein kurzes goldenes Zeitalter. Ein Leben ohne Zensur – nie zuvor hatte es das in der russischen Geschichte gegeben – abgesehen vielleicht von der der wirren Zeit zwischen der Absetzung des Zaren und der Oktoberrevolution.

Dass hieß keineswegs, dass die Journalisten ihr Handwerk nicht beherrschten. In jenen Jahren gaben sie ein wundervolles Beispiel von engagierter Ausübung des Berufes. Im Fernsehen ebenso wie in der Presse.

Von Anfang an aber gab es auch eine gewisse Hemmungslosigkeit in den Forderungen an die Medien. Selbst Gorbatschow mochte von seinem Bekenntnis zu „Glasnost“ nichts mehr wissen, als eine Zeitung ihn scharf angriff wegen der Massaker in Georgien und Litauen.

Jelzin ließ als Präsident des russischen Parlaments 1991 einen Fernsehsender gründen, um eine eigene Stimme im Kampf gegen den ungeliebten Gorbatschow zu haben. Der Fernsehsender gehörte der Regierung der damaligen russischen Föderationsrepublik. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde er russischer

Staatssender. Der Weg war vorgezeichnet. Der liberale Gründungsdirektor wurde 1994 von Jelzin an die Luft gesetzt. Danach war er nur noch eine gehorsame Stimme der Regierung. Dem patriotischen Stil der Zeit folgend, ließ Putin den Sender später mit dem programmatischen Namen „Rossia“ schmücken.

Das heißt, von Anfang an, wurden Medien als Instrument des politischen Kampfes begriffen. Und zumal die Regierung fand es selbstverständlich, mit eigenen Zeitungen und einem Fernsehsender direkt auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

Natürlich, dass muss an dieser Stelle eingefügt werden, ist eine Instrumentalisierung der Medien, nur einer der Bausteine für die Errichtung eines autoritären Regimes.

Der Prozess geht einher mit dem Verfall der parlamentarischen Institutionen und des Rechtssystems.

Der Sündenfall für die politische Entwicklung des neuen Russland liegt lange zurück. Er begab sich im Jahr 1993. Im Parlament stieg die Spannung, weil ein großer Teil der Abgeordneten – keineswegs nur die Kommunisten – Jelzins Wirtschaftspolitik nicht mittragen wollte.

Der Präsident erklärte die Auflösung des Parlaments. Und als die Abgeordneten nicht gehen wollten, ließ er das „Weiße Haus“ in Moskau, damals der Sitz des Parlaments, von Panzern beschießen und stürmen.

Jelzin gab dem Land eine neue Verfassung, die schon damals die Frage aufwarf, was wohl ein Nachfolger mit der Übermacht, die ihm garantiert war, anfangen würde.

(Dem Nachfolger, sei hinzugefügt, war das alles noch viel zu wenig. Er hat die Verfassung teilweise per Dekret geändert und ergänzt, das Oberhaus seiner unabhängigen Rolle beraubt, neue Institutionen geschaffen, um das zu erreichen, was er „einen starken Staat“ nennt.)

Der Gedanke, im Fernsehsystem damals einen „öffentlich-rechtlichen“ Sender zu etablieren, wurde zwar diskutiert, aber kein verantwortlicher Politiker machte sich dafür stark. Das wäre ja ein „nutzloser“ Sender gewesen.

Dem Fernsehen ist nach dem Ende der Sowjetunion im Kommunikationsprozess des Landes eine Schlüsselrolle zugefallen, weil die Zeitungen nicht mehr wie früher in millionenfacher Auflage über das ganze Land verbreitet wurden.

Nur das Fernsehen konnte alle Menschen zwischen Smolensk im Westen und den Kurilen an der Ostküste erreichen.

Der private Sender NTW wurde 1993 gegründet und erschien als wunderbarer Stern am russischen Fernsehhimmel. Denn sein Programm war von Anfang an nicht mit dem uns vertrauten Profilen von Privatsendern zu vergleichen und auch nicht mit dem Regierungssender RTR. „The best and the brightest“ aus dem Journalismus waren dort versammelt.

Neben NTW gab es damals nur zwei andere Kanäle, den schon erwähnten von Jelzin gegründeten russischen Staatssender RTR und den alten sowjetischen Sender ORT, der auch private Anteilhaber hatte.

NTW brillierte mit Satire-Sendungen, die einem die Sprache verschlagen konnten. Der Sender zeigte Dokumentationen zur Geschichte des Landes, die zwingend waren zum Verständnis auch der Gegenwart, Sendungen, die nicht geschätzt waren bei denen, die lieber an der Vergangenheit nicht rühren wollen.

Es gab Diskussionsforen, „Stimme des Volkes“ hießen sie, in denen das Für und Wieder bei brennenden Fragen der Nation abgewogen wurde. So hatte ich sie mir in diesem Land immer gewünscht hatte. Das Studio als landesweites „Townmeeting“.

Vor allen Dingen aber gab es auch die Kriegsberichterstattung. Im ersten Tschetschenien-Krieg, der im Dezember 1994 begann, in dem die Reporter von NTW die staatlichen Lügen decouvrierten, von militärischen Misserfolgen berichteten, von den Grausamkeiten. Die NTW-Reporter trafen wir überall im Kriegsgeschehen.

Es gab, das ist nicht zu verschweigen, auch einen Sündenfall. Wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen 1996 hatte Präsident Jelzin praktisch keine Chance mehr wieder gewählt zu werden. Die Oligarchen, zu ihrem Kreis zählte auch der Besitzer von NTW Gussinski, schlossen sich zusammen, um Jelzin den Weg zurück ins Amt zu ebnen. Also unterstützte auch NTW seine Kampagne.

(Die Deutschen auch – Kohl brachte vier Milliarden und tobte bei einer Moskaureise, als er gefragt wurde, ob er einen Kredit mitgebracht hätte. Er bestritt es, obwohl es ein paar Tage später nicht mehr zu verheimlichen war.)

Die Kollegen von NTW wenigstens haben später öffentlich Reue gezeigt. Denn zu den zahllosen und folgenreichen Entgleisungen, die zum gegenwärtigen Zustand des Landes führten, gehört auch die Inszenierung jener Wahl. Denn auch mit dieser Wahl verkam das fundamentale Instrument einer Demokratie weiter zu einem Ritual, der die Menschen vom politischen Prozess entfremdete, der sie allenfalls an sowjetische Zeiten erinnern konnte.

In den Jahren danach fand der Sender zu den journalistischen Tugenden zurück. Man erfuhr, dass die Familie des Präsidenten Jelzin wegen des Verdachts der Korruption ins Visier staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen geriet. Man erfuhr im Sender wie der verantwortliche Generalstaatsanwalt daraufhin zu Fall gebracht wurde.

(Bei der entscheidenden Debatte im russischen Föderationsrat saß nur ein Mann auf der Regierungsbank, der sonst selten Auftritte in der Öffentlichkeit hatte. Putin verfolgte mit scharfen Blicken die Diskussion. Er war damals der Chef des FSB, der Nachfolgeorganisation des KGB, und hatte eine maßgebliche Rolle in der Inszenierung gespielt.)

Als im Herbst 1999 – Putin war vom Geheimdienstchef zum Ministerpräsidenten avanciert - in Moskau Wohnhäuser in einem Arbeiterbezirk in die Luft gejagt wurden, erfuhr man auch bei NTW, dass Zweifel angebracht seien an der These der

Regierung, Tschetschenen seien für diese grauenhaften Attentate verantwortlich. In der Aufwallung nationaler Emotion musste das Politikern wie Putin als eine frevelhafte Haltung erscheinen.

Die Attentate wurden zum Auslöser des zweiten Tschetschenienkrieges. Ich spreche davon nicht, weil mir dieses traurige Kapitel der grausamen Kaukasus-Geschichte besonders am Herzen liegt. Aber wie jeder Krieg hat er seine Konsequenzen weitab vom Schlachtfeld.

Der Krieg ist ein Schlüsselpunkt für die Ausrichtung der Gesellschaft zu einer national-patriotischen Gemeinschaft nach der Devise: Schluss mit der Schmach, der Erniedrigung. Schluss mit separatistischen Tendenzen. Die damit einhergehende Fremdenfeindlichkeit richte sich zunächst gegen Kaukasier, schloss aber mehr und mehr auch das westliche Ausland mit ein, dessen Regierungen nur an einer Erniedrigung Russlands interessiert seien.

Putin wusste zu Beginn des Krieges das Medium Fernsehen und die Journalisten überhaupt prächtig zu nutzen. Die Bilder vom Ministerpräsidenten, der im Düsenjäger ins Kriegsgebiet fliegt. Der – ganz zufällig natürlich – eine Gruppe reisender Korrespondenten trifft, der sich unter einfache Soldaten mischt.

Bilder, die dazu angetan waren, das Volk, von Jelzins Auftritten in der Öffentlichkeit gedemütigt, aufzurichten. Da war einer, der tatkräftig für Russland eine neue Richtung vorgab.

Er wusste auch genau, was er nicht wollte: die Bilder von der vierwöchigen Bombardierung Grosnys, von belagerten Dörfern, von Flüchtlingen, die nicht wussten wohin. Die Berichterstattung wurde durch Dekrete praktisch zu Nichte gemacht. Ausländische Korrespondenten sahen sich in die Illegalität gezwungen, bis irgendwann auch die nicht mehr weiterhalf.

Die inländischen Kollegen aber wurden an die kurze Leine gelegt, ohne Bewegungsfreiheit, angebunden ans Hauptquartier der Militärs.

Die Schattenseiten des Geschehens in Tschetschenien wurden konsequent ausgeblendet.

Es war die Zeit des Wahlkampfes für die Duma, und wenig später - nach Jelzins putschhaftem Rücktritt am 31. Dezember 1999 und der provisorischen Amtsübergabe an Putin – auch Wahlkampf für das Präsidentenamt.

Nachdem die Wahlkämpfe mit viel und schmutzigem Aufwand heil überstanden waren, wurde eine Schlussfolgerung gezogen. Das jedenfalls muss man annehmen, wenn man die folgenden konsequenten Handlungen betrachtet: das Risiko einer demokratischen Wahl, die Belästigung durch kritische Stimmen sollte minimiert, asymptotisch gegen Null angenähert werden.

Der erste Schritt: der Sender ORT, an dem der Staat Anteile aber nicht die Mehrheit hatte, wurde wieder dem Kreml unterstellt und der private Anteilseigner aus dem Land getrieben.

Dann begann der Kampf gegen NTW. Ich will die Geschichte des langen Dramas verkürzen. Der Eigner Gussinskij wurde von der Steuerpolizei so lange verfolgt, bis auch er ins Ausland floh, um einem Schicksal zu entgehen, wie es später Chodorkowski widerfuhr.

Der Sender ging über in den Besitz des mächtigen und finanzstarken Staatskonzerns Gazprom, der eigentlich Gas fördern und verkaufen soll, aber inzwischen auch als Medienholding fungiert. Die profiliertesten Journalisten gingen. Selbst jene, die damals meinten, so schlimm könne es schon nicht werden, wurden später eines Besseren belehrt.

Das geschah vor fünf Jahren. Daran wollte die eingangs erwähnte Demonstration in Moskau erinnern.

In den folgenden Jahren wurden noch zwei weitere Sender auf diese Weise gleichgeschaltet. Der letzte Kanal war Ren-TV. Der Sender hatte sich in der weniger auffälligen Schutzzone von Kabelnetzen eingerichtet und unabhängig berichtet. Die Besitzer wechselten, der Kreml-Einfluss wuchs. Als sendefertige Beiträge auf Anweisung des Kreml aus dem Programm genommen wurden, war auch dort die Stunde gekommen. Die mutigen Kolleginnen und Kollegen gingen.

Was das praktisch heißt, war bei den letzten Duma- und Präsidentenwahlen zu erfahren. Der Kreml ist kampagnefähig. Der politische Gegner wird ausgeschaltet, dadurch dass er in der Öffentlichkeit gar nicht mehr auftritt. Das Fernsehen als öffentliche Bühne spielt nur ein Repertoire, das der Zensor vorgegeben hat.

Aus dem letzten Wahlkampf für die Präsidentenwahl will ich nur ein Beispiel nennen. Die Abendnachrichten hatten einen bedeutenden Aufmacher. Präsident Putin traf sich mit Sportlern und erörterte im Kreis der jungen und schönen Olympioniken die Frage, wie wichtig ein Fernsehkanal, der sich ausschließlich dem Sport zuwendet, für die russische Öffentlichkeit sei. Dieser Aufmacher dauerte gut 8 Minuten.

Ganz ohne Frage: nicht gering ist die Zahl der Bürger, die einen solchen Knebel auch noch als wohlschmeckend empfindet. In jedem Fall kennzeichnet eine solche Nachrichtengebung das Ende des öffentlichen Diskurses.

Das Fernsehen ermöglicht eine Diktatur ohne Fesseln. Das ist mehr als sich alle autoritären und totalitären Staatschefs in den vorangegangenen 100 Jahren haben träumen lassen. Denn im Gegensatz zum sowjetischen Fernsehen, das eher der Beruhigung der Gemüter diene, ist das heutige Fernsehen Russlands technisch perfekt und bespielt die ganze Klaviatur der Unterhaltungsmöglichkeiten.

Der Präsident spielt in all dem eine Rolle: ich will ihnen schildern, wie ich ihn kennen gelernt habe, weil die Begegnung ein Beispiel an überlegener Taktik bietet.

Als ich ihn das erste Mal traf, im Frühjahr 2000 nach seiner Wahl zum Präsidenten, war ich zunächst ziemlich berauscht, obwohl ich nicht ohne Skepsis war, als ich durch das Kreml-Tor fuhr. Durch den Vordereingang. Das hat was.

Skeptisch, weil ich den unappetitlichen Wahlkampf im Herbst 99 miterlebt hatte.

Und noch mehr skeptisch wegen der Vorgänge in Tschetschenien, die ich im ersten halben Jahr ziemlich hautnah miterlebt hatte.

Ganz unbefangen war ich also nicht, als der Präsident das Kabinett im Kreml betrat, in dem die Kamera aufgebaut worden war.

Ein bescheidener Mensch, freundlich das ganze Team begrüßend, mit fast verlegenem Lächeln. In seiner Bescheidenheit gewinnend wie Olaf Palme.

Sprachlos machte er indes im Lauf des Gespräches. Zu fragen war, warum er nicht Verhandlungen führe mit dem damaligen Präsidenten der Tschetschenen Maschadow. Der war in demokratischen, von der OSZE kontrollierten und gelobten Wahlen gewählt worden, ein rechtschaffener Mann und ehemaliger Oberst der sowjetischen Armee.

„Ja“, sagte der Präsident, „ich würde ja gern mit ihm sprechen. Aber, verstehen sie, er schickt mir immer antisemitische Unterhändler. Und sie als deutscher Korrespondent wollen mir doch nicht vorschlagen, dass ich mit Antisemiten spreche.“

Ich war oft in Tschetschenien. Aber Antisemiten habe ich dort nicht getroffen. Unwahrheiten, die Methode haben. Ich war beeindruckt von der Sorgfalt, mit der sich der Präsident auf ein Gespräch vorbereitet und keine Antwort einer plötzlichen Eingebung überlässt.

Zum Niedergang der demokratischen Institutionen, ich rechne dazu ein domestiziertes Parlament mit der $\frac{3}{4}$ Mehrheit einer Nomenklatura-Partei, die Entmachtung der Provinzen, die Entmündigung der zweiten Kammer, die offensichtlich gewordene Abhängigkeit der Rechtsschutzorgane von Weisungen aus dem Kreml – zu diesem Niedergang gehört der Aufstieg einer anderen Institution.

Deren gegenwärtigen Status will ich in dürren Worten beschreiben. Noch nie in seiner Geschichte war der Geheimdienst so mächtig wie heute, abgesehen vielleicht von den Jahren Stalins. Aber vielleicht gilt noch nicht einmal diese Einschränkung.

Der FSB hat den Staatsapparat infiltriert. Seine Mitarbeiter sitzen in der Regierung, sogar der Ministerpräsident ist ein alter Kamerad. Sie lenken den Kremlapparat. Sie sitzen in den Provinzverwaltungen und – zum ersten Mal in der Geschichte – besetzen sie Positionen in Wirtschaftsunternehmen und betreiben sogar selbst welche.

Der FSB untersteht allein dem Präsidenten. Es gibt keinerlei parlamentarische Kontrolle. Sein Chef ist im Fall eines Notstandes allen anderen Institutionen vorangestellt, inklusive Regierung und Streitkräften.

An die Stelle einer kritischen Öffentlichkeit tritt als oberstes Regulativ diese aus der Geschichte vertraute Institution. Es ist sicher kein Zufall, dass ein alter Weggefährte Putins, Viktor Tscherkessow, der sich seinen Ruf als unangenehmer Dissidentenverfolger beim KGB in Leningrad erwarb und später wie viele seinesgleichen in den Jahren Putins Karriere in der Politik machte, in einem Aufsatz

den „Tschekisten“ die zentrale Verantwortung für das Wohlergehen des Landes zuweist.

„Tschekist“ das ist der Ehrentitel, an dem sie – ungeachtet aller Verbrechen, die sich mit dem Wort verbinden, festhalten. Dass dem Säulenheiligen der Tschekisten, dem „eisernen Felix“, Felix Dscherschinsky, dem Gründungsvater der Maschine des Terrors, jetzt wieder in Moskau ein Denkmal gewidmet ist, kann kaum noch überraschen.

Der Fall Chodorkowski war eine Demonstration dieser Macht. Nie seit dem Untergang der Sowjetunion haben die Mühlen des Sicherheitsapparates so konsequent und schamlos operiert wie in diesem Fall – bis hin zur skandalös manipulierten Versteigerung von Konzernteilen. Die Lehre: Alle im Land sollten begreifen, dass sie ein Nichts sind, wenn der Staat es so will. Ein enthüllendes Dossier findet sich für jeden.

Die Entwicklung auf dem Zeitungsmarkt verlief ähnlich wie beim Fernsehen. Zeitungstitel nach Zeitungstitel wurde unter die Kontrolle des Kreml gebracht. Dabei musste er nicht immer selbst in Aktion treten.

Als die aus Glasnostzeiten legendäre Zeitung „Moskowski Nowosti“ in andere Hände übergang, gab der neue Besitzer sogleich die Linie vor.

Ich zitiere ihn als praktisches Beispiel für kluges Verhalten gegenüber der Obrigkeit: „Zeitungen, die für die öffentliche Meinung mitverantwortlich sind, sollten sich nicht gegen die Regierenden richten. Wenn die Verantwortlichen in Russland in demokratischen Wahlen gewählt worden sind, dann steht es den Medien nicht zu, ihr Publikum gegen die Regierenden aufzuwiegeln.“

Und nun ist auch die letzte unabhängige Zeitung in Gefahr: die „Nowaja Gassetta“. Sie war in Geldschwierigkeiten, weil sich kaum einer traute, dort Anzeigen zu schalten. Chodorkowski als Wohltäter ist ausgefallen. Jetzt hat sich Gorbatschow mit eingekauft – vielleicht um den Ruf zu erhalten. Die Mehrheit der Anteile aber ging an einen Bankier, der dem Kreml nahe steht. Sonst könnte er kein Bankier sein.

Wir können mitleidig oder auch verständnislos auf solche Entwicklung schauen. Hochmut ist nicht geboten. Wir in dieser Republik hatten Glück. Die Alliierten zwangen uns die Presselandschaft auf, deren Nutznießer wir noch heute sind. Die Engländer bescherten uns das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wir hatten es leicht, Demokraten zu werden, weil der Prozess der Demokratisierung einherging mit wachsendem wirtschaftlichen Wohlstand.

Und als die Regierenden dennoch ein Staatsfernsehen schaffen wollten, gab es Richter, die ihnen den Weg verlegten.

Und als sie den „Spiegel“ erledigen wollten, waren es Gerichte, aber auch eine wach gewordene Öffentlichkeit, die den Rankünen ein Ende machten.

In meinen Moskauer Jahren habe ich besser als jemals zuvor gelernt, diese Selbstverständlichkeiten eines demokratischen Staatswesens als Geschenk zu verstehen.

Wenn schon von Geschenken gesprochen wird. Wundern Sie sich nicht – vielleicht haben Sie es auch nicht anders erwartet - , wenn ich mit dem Verweis auf ein Kinderbuch ende. Das erzählt die Geschichte eine jungen Mädchens,

Dem der Großvater zwei Botschaften mit auf den Lebensweg gab: sie möge reisen, die Welt sehen, begreifen lernen, was geschieht. Das ist vielleicht nicht buchstäblich zu nehmen. Denn Reisen kann man auch mit dem Buch in der Hand, ohne sich an andere Orte zu begeben.

Die zweite Empfehlung des alten Mannes an seine junge Enkelin aber war: Sie möge in ihrem Leben versuchen, die Welt etwas schöner zu machen. Die Pointe verliert vielleicht in diesem Kreis an Geltungskraft wenn ich ergänze, was im Buch geschah. Nach vielen Reisen, inzwischen eine alte Frau, wusste sie immer noch nicht, wie sie dem Rat des Großvaters gerecht werden sollte.

Schließlich nahm sie Lupinensamen mit auf ihre Spaziergänge an und verstreute sie an der Küste Neuenglands, wo eben jene Geschichte angesiedelt war. Das Leben etwa schöner machen, nicht im Sinne von „Schöner Wohnen“, sondern lebbarer für die Menschen,

lassen Sie mir die angemessene Rolle des Großvaters, ihnen diesen Gedanken mit auf den Weg zu geben.